

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsanstalt
Tageblatt-Rieser
Bismarckstr. 52
Wolfsb. Nr. 52.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Weihen beiderseits bestimmte Blatt.

Postfachamt
Dresden 1580.
Stroßgasse
Rieser Nr. 52.

Nr. 214.

Dienstag, 18. September 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Bestehen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 80 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Zeile mit 100 Gold-Pfennigen zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Demittler Rabatt erlischt, wenn der Betrag versäumt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Banger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Die Befoldungsreform.

Wenn dem deutschen Reichsfinanzminister seine Parolen über Kur so gut angingen, wie ihr Ergebnis den Beamten günstig ist, so dürften beide Teile recht zufrieden sein. Der von Dr. Köhler in Marienbad ausgearbeitete Entwurf einer Befoldungsreform ist in der Tat für die Beamenschaft in mehr als einer Hinsicht eine Liebeserklärung. Und zwar nämlich eine angenehme Überraschung. Nahm man doch in weiten Kreisen der Beamenschaft an, daß der vorbereitete Entwurf im günstigsten Falle bis zu einer Erhöhung der Gehälter um 15 Prozent ausreichen würde. Wie die Einzelheiten, die Reichsfinanzminister Köhler auf der Magdeburger Tagung des Deutschen Beamtenbundes bekanntgab, erkennen lassen, beträgt jedoch der Erhöhungsdurchschnitt des Entwurfes rund 26 Prozent. Neben dieser wesentlichen Erhöhung der Bezüge enthält die neue Befoldungsordnung noch verschiedene Erleichterungen in Bezug auf die Aufstufungsmöglichkeit in eine höhere Gehaltsgruppe, ferner den Wegfall oder Besserung des Einbau der viel bestrittenen Frauen-Zulage in das Grundgehalt. Was besagt, daß die neuen prozentualen Erhöhungen sich auf das schon durch die Frauen-Zulage erhöhte Grundgehalt aufbauen. In den Kreisen der unteren Beamtengruppen wird es mit Genugtuung begrüßt werden, daß in dem neuen Entwurf die großen Sprünge zwischen den unteren Gehaltsgruppen zu den mittleren und zwischen den mittleren zu den höheren hart „abgebaut“ werden. Die Tatsache, daß der Entwurf die Erhöhung für die bisherige Gruppe II auf 33 Prozent, die Erhöhung für die höchsten Gruppen nur auf 18 Prozent vorstellt, zeigt, daß der Gesetzgeber entschlossen ist, den sozialen Gesichtspunkten hier volle Rechnung zu tragen. Wenn auch anzunehmen ist, daß der Entwurf nicht alle Wünsche der Beamten berücksichtigt, so trägt dieser Einwand doch nicht die Überzeugung, daß er recht wohl als Grundlage der kommenden Aussprache im Parlament dienen kann. Im übrigen dürfte, wenn auch das Reichskabinett bis jetzt noch nicht endgültig den Entwurf verabschiedet hat, doch in den Kreisen der Reichsregierung über die Fassung der Vorlage bereits volle Übereinstimmung erzielt sein. Da auch nicht anzunehmen ist, daß die Kritik im Parlament allzu heftig mit dem vorliegenden Entwurf umspringen wird, so läßt sich schon jetzt mit ziemlicher Bestimmtheit feststellen, daß die ausgearbeitete Fassung, in ihren hauptsächlichsten Bestimmungen wenigstens, Gesetzeskraft erlangen wird. Immerhin läßt es sich nicht verhehlen, daß die vom Reichsfinanzminister vorgeschlagene Erhöhung an verschiedenen Stellen recht erhebliche Bedenken auslösen wird. Dr. Köhler besitzt die durch die neue Befoldungsordnung verursachte Mehrbelastung des Staats auf rund 155 Millionen jährlich, wozu noch die Mehrbelastung von rund 170 Mill. für die Erhöhung der Kriegsverdienstbezüge tritt. Wenn auch der Reichsfinanzminister versichert, daß diese Mehrausgaben keinerlei Erhöhung der jetzt bestehenden Steuern nach sich ziehen werden, so löse er dieses Redewortspiel zwar günstig für das Reich, aber nicht für die einzelnen Länder und Gemeinden. Weist für die einzelnen Länder und Gemeinden auch kein Zwang, die Grundzüge der neuen Reichsbeamtenbefoldung für sich zu übernehmen, so werden sie doch nicht umhin können, dem Beispiele des Reiches zu folgen. Da bei den Ländern zum größten Teil die Deckungsfrage nicht so leicht gelöst werden kann wie im Reich, so dürfte als Folge der neuen Reichsbeamtenbefoldungsreform die Forderung nach einer Revision des Finanzausgleiches eine erhöhte Stärkung und Bedeutung gewinnen, woraus zu ersehen ist, daß die Grundfassung des Entwurfes noch einen recht lebhaften Meinungsstreit zwischen Reich und Ländern auslösen wird.

Am Schluß seiner Rede in Magdeburg hat Dr. Köhler eine Mahnung an die Wirtschaft gerichtet, die Befoldungsreform nicht zum Anlaß zu nehmen, um die Preise zu erhöhen. Die Reichsregierung werde nicht ruhig zusehen, wenn ihre Aktion durch eine Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus hintertrieben würde. Diese Mahnung des Reichsfinanzministers dürfte wohl von der Annahme eingeleitet sein, daß nach Durchführung der Befoldungsreform die einzelnen Verbände der Privatangestellten und die Gewerkschaften nunmehr ebenfalls mit Gehalts- und Lohnerhöhungen hervortreten würden. Was der Beförderung des Ministers auf eine Erleichterung des Preisniveaus eine gewisse Grundlage geben könnte. Dr. Köhler hat zwar verkündet, daß die Reichsregierung auf das energischste gegen eine Rückwirkung der Gehalts- und Lohnerhöhungen auf die Preise einschreiten würde. Aber er hat der Öffentlichkeit noch nicht mitgeteilt, auf welchem Wege die Reichsregierung ihr Einschreiten bewerkstelligen wird. Man würde es daher begrüßen, wenn die Reichsregierung möglichst bald darüber Auskunft erteilt, mit welchen Maßnahmen sie gegen eine Entwertung der Kaufkraft des Geldes zu begehren. Vermutlich dürfte sich der in dieser Woche noch tagende Ratsrat über alle diese Punkte aus der Befoldungsreform ergebenden Fragen Klarheit verschaffen. Bis zu dem Bekanntwerden der Absichten der Reichsregierung ist es daher angebracht, eine Kritik der bekanntgegebenen Einzelheiten der Befoldungsreform und der mutmaßlichen Pläne des Kabinetts zurückzustellen.

Die Beratungen des Reichskabinetts.

Der 11. Das Kabinett wird sich, wie verlautet, in seiner heutigen Sitzung im wesentlichen mit laufenden Angelegenheiten beschäftigen. Die endgültige Beschlußfassung über die Befoldungsvorlage wird voraussichtlich erst in einer Sitzung am Donnerstag erfolgen. Eine Aussprache über die auswärtige Politik ist noch nicht anberaumt, da noch nicht feststeht, wann Dr. Stresemann nach Berlin zurückkehrt.

Graf Bernstorff drängt auf die Weltabrüstung.

Tagung des Abrüstungsausschusses des Völkerbundes.

Genf, 12. Sept. Unter harter Beteiligung hat der Abrüstungsausschuß (8. Versammlungsausschuß), in dem Deutschland durch Graf Bernstorff und verschiedene Experten vertreten ist, unter dem Vorsitz von Benesh seine Arbeiten aufgenommen. London (Holland) als Präsident des vorbereitenden Abrüstungsausschusses erbatte als Auftakt für die beginnenden Beratungen einen längeren Bericht über diese Arbeiten, der sachlich nichts Neues brachte, jedoch einige bemerkenswerte Wendungen enthielt. London lehnte die Bezeichnung der bisherigen Ergebnisse als Mißerfolg entschieden ab. Die Enttäuschung in weiten Kreisen der Öffentlichkeit beruhe darauf, daß man ihr falsche Hoffnungen gemacht und gewisse Maßnahmen verschwiegen habe, daß die gestellte Aufgabe sich nicht auf die Abrüstung, ja nicht einmal auf die Rüstungsverminderung unmittelbar, sondern nur auf die Limitierung der Rüstungen auf den gegenwärtigen Stand bezog habe. Er erhob jedoch den Vorwurf einer ungenügenden Vorbereitung der Arbeiten durch die Regierungen und beklagte sich weiter darüber, daß sein dringlicher Appell an die internationale Presse zur Unterstützung der Arbeiten fast ungehört verhallt sei. Auch den Mißerfolg der Marine-Abrüstungskonferenz, die zwar ohne Zusammenhang mit den völkerrechtlichen Bemühungen um das Problem, aber doch in gewisser Weise in diese eingegriffen, veranlaßt worden sei, glaubte er als psychologischen Faktor für die Gesamteinstellung zu dem Problem anzuführen zu müssen. Er schloß mit einer Aufforderung an die Regierungen, die weiteren Arbeiten, die hoffentlich bald zu einer ersten wirklichen Abrüstungskonferenz führen würden, durch die Vorbereitung der primären moralischen Abrüstung zu fördern.

Die einleitende Aussprache des Abrüstungsausschusses brachte im weiteren Verlaufe der Sitzung eine Erklärung des deutschen Delegationsmitgliedes Graf Bernstorff zu einigen Punkten der Darlegungen Londons. Er legte größtes Gewicht darauf, festzustellen, daß er mit vielen Mitgliedern des Abrüstungsausschusses der Auffassung ist, daß die Aufgabe der geplanten Abrüstungskonferenz nicht die Limitierung, sondern die Verabsicherung der Rüstungen betrifft. Eine Konferenz, die nur zur Limitierung der Rüstungen zusammenzutreten würde, wäre nicht wert, einberufen zu werden. Nachdem Deutschland, so betonte Graf Bernstorff, vollkommen abgerüstet ist, handelt es sich darum, daß die allgemeine Abrüstungsverpflichtung auch von allen anderen Staaten durchgeführt wird. Zur Stützung dieser Forderung wies er auch auf die von englischer, französischer und deutscher Seite auf der letzten Tagung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses vorgelegten drei Präambeln hin, in denen übereinstimmend ganz klar von der Verabsicherung der Rüstungen gesprochen wird. Was den Zeitpunkt der nächsten Tagung des vorbereitenden Abrüstungsausschusses betrifft, so bestand Graf Bernstorff darauf, daß diese Tagung noch im Laufe dieses Jahres abgehalten werde, wie übrigens Präsident London in seiner Schlussrede der letzten Tagung mit Nachdruck gefordert habe. Ohne das Vorliegen eines gemeinsamen Textes des vorbereitenden Abrüstungsausschusses können weder die Verhandlungen der Regierungen noch die öffentliche Meinung wirksam auf die Abrüstungskonferenz hinwirken. Für einen baldigen Zusammenritt des vorbereitenden Ausschusses spreche im übrigen auch der Umstand, daß die Arbeiten des Ausschusses für die Kontrolle der Rüstungsindustrien nicht vorwärts gebracht werden können, solange der vorbereitende Ausschluß nicht zu einem gemeinsamen Ergebnis gekommen sei.

London bezeichnete in seiner kurzen Erwiderung seine Auffassung, daß es sich zunächst nur um eine Konferenz zur Limitierung der Rüstungen handeln könne, als seine rein persönliche Ansicht, da er beweislos, daß der vorbereitende Ausschluß ohne vorherige Verhandlungen der Regierungen die zweite Lesung erfolgreich abschließen könne. Er sei aber mit Graf Bernstorff in Bezug auf die allgemeine Abrüstungsverpflichtung auf Grund des Artikels 8 vollkommen einverstanden.

Vor Schluß der Sitzung wurde in einer längeren Gedächtnisprotokolldebatte auf französische und polnische An-

trag, dem sich auch Rotta (Schweiz) anschloß, beschlossen, daß die Generaldebatte sich auf alle dem Ausschluß zur Abrüstungs- und Sicherheitsfrage vorliegenden Vorstände erstrecken und die dabei sich ergebenden juristischen Probleme dem Rechtsausschuß (erster Versammlungsausschuß) überweisen werden sollen.

Rußland zur Chamberlain- und Briand-Rede.

Riga. (Telunion.) Wie aus Moskau gemeldet wird, veröffentlicht die Sowjetpresse zu den Reden Briands und Chamberlains nur kurze Kommentare. Es wird betont, daß die Verhandlungen des Völkerbundes nach dem Scheitern der polnischen Vorschläge über das Litocarno für Rußland uninteressant geworden seien. Die Beteiligung Deutschlands an dem internationalen Schiedsgericht sei so gut wie ohne Bedeutung. Chamberlains Rede habe über Rußland nichts Interessierendes enthalten. In der Frage des Litocarno habe Briand Chamberlain gegenüber nachgeben müssen. Gegenwärtig sei das Interesse hauptsächlich auf die Verhandlungen hinter den Kulissen verfallen worden. Polen halte offenbar seine Pläne aufrecht. Die gegenwärtige Tagung des Völkerbundes habe deutlich gezeigt, daß Deutschland von der Existenz als Großmacht anerkannt werde. Die Sowjetpresse äußert sodann ihre Zweifel über die Neutralität des Schiedsgerichts und weist zur Bekräftigung dieser Ansicht auf die letzten Verhandlungen über die Chorzow-Werke hin.

Unterredung Stresemann-Woldemaros.

Genf. Gestern abend fand die angekündigte zweite Aussprache zwischen Dr. Stresemann und dem litauischen Ministerpräsidenten Woldemaros statt. Die Unterredung die längere Zeit dauerte, bezog sich auf die Remel-Vorgänge und die mit dem Remel-Gebiet zusammenhängenden Streitfragen.

Rußland und die Weltwirtschaftskonferenz.

Genf. Nichtscherin hat an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Schreiben gerichtet, in dem er den Empfang der Entschlüsse des Rates über die Arbeiten der Weltwirtschaftskonferenz bestätigt und erklärt, daß die Sowjetregierung die praktische Verwirklichung der grundlegenden Richtlinien der Weltwirtschaftskonferenz für die Ausgestaltung des internationalen Warenumsatzes, soweit ihr die sowjetrussische Delegation zugestimmt hat, fördern werde.

Chamberlain vor der Presse.

Genf, 12. Sept. Bei einem Presseempfang hat der englische Außenminister Sir Austen Chamberlain erwidriglich, in den Zusammenkünften der Großmächte seinen Angriff auf die Existenz oder auch nur den Geist der Völkerbundversammlung und natürlich auch nicht auf den Rat zu erheben. Im Grunde geschehe dabei doch nichts anderes, als daß man dem Völkerbund die etwaigen Uneinigkeiten der Großmächte erpäre und damit für beide Teile nur Nutzen stifte, ohne die Arbeiten des Völkerbundes zu beeinträchtigen. Man solle nicht die unausweichlichen Schwierigkeiten der Geschichte, der Tradition und der besonderen Lage dieses oder jenes Landes als bösen Willen auslegen. Wir wollen nicht Verpflichtungen übernehmen oder zu übernehmen scheinen, die wir vielleicht nicht halten können. Weder die allgemeine Lage des Völkerbundes erklärte Chamberlain, er sei sich bemüht, daß bereits der Punkt erreicht sei, wo für jedes Volk der Beginn eines Krieges ohne Zustimmung des Völkerbundes trotz aller Vorteile zu teuer sei. Mit Gesetzen und Sanktionen werde dergleichen nicht erreicht.

Auf eine Frage wegen der Ablehnung der allgemeinen Schiedsgerichtsbarkeit durch England erklärte Chamberlain: „Ich möchte nicht, daß ein Bindestrich zwischen uns und den anderen Mächten ein Trennungstrich zwischen England und den Dominions würde.“ Auf eine weitere Frage, ob Großbritannien einem Kontinental-Pakt absehend gegenüberstehe, antwortete Chamberlain, daß Verträge, wie die in Locarno abgeschlossenen, auch anderwärts nützlich sein würden.

Besuch des Reichspräsidenten in Straßburg.

Straßburg. Reichspräsident von Hindenburg traf, begleitet von seinem Adjutanten Major von Hindenburg und dem Oberleutnant von der Schulenburg, gestern um 13,45 Uhr mit dem sogenannten Schwedenzug von Berlin kommend, hier ein. Auf dem Bahnhof hatten sich zu seiner Begrüßung der Regierungspräsident Hausmann-Straßburg, Oberbürgermeister Dr. Seydewitz und der Standortälteste Korvettenkapitän Lindau eingefunden. Vor dem Bahnhof bildeten die Altdeutschen, die Kriegsblinden und Kriegsbeschädigten Spalier, von denen der Reichspräsident einzelne ins Gespräch zog. In langsame Fahrt bewegte sich dann der Wagen des Reichspräsidenten durch die von Tausenden und Abertausenden umflühten Straßen der Stadt zum Alten Markt, wo

Oberbürgermeister Dr. Seydewitz die offizielle Begrüßungsansprache hielt, auf die der Reichspräsident mit herzlich Worten des Dankes antwortete. Wir wollen, so schloß der Reichspräsident, trenn zusammenstehen und allen Parteihader beiseite lassen und uns befehlen lassen von der Treue zum Vaterlande. Seine ist unsere Ehre. Das dürfen wir nicht vergessen. Bedenken Sie denn und ruhen Sie mit mir: Unser deutsches Vaterland hurra! Hierauf überreichte die Schützenkompanie von Straßburg, deren Ehrenfahne Reichspräsident von Hindenburg in diesem Jahr geworden ist, dem Reichspräsidenten ein Ehrenplakat durch ihren ersten Direktor Hatzberrn Kränig. Alsdann setzte der Reichspräsident seine Fahrt durch die Stadt, überall begrüßt, zu der Fähre nach Hügen fort. Mit dem Fähredampfer Altseher II, der den Standort des Reichspräsidenten führte, setzte der Reichspräsident nach Hügen über, um seine Fahrt nach Wiesbaden fortzusetzen.